



▲ Bis in die späten Donnerstagabend-Stunden debattierte der Landtag über Finanzen, Gesundheit und Co. Die Sitzung wurde diesmal auch von Aktivistinnen und Aktivisten verfolgt, die sich gegen den „Gesundheitsplan 2040+“ aussprechen. Der Protest verlief allerdings still.
Foto: Philipp Grabner

tierte etwa NEOS-Fraktions-sprecherin Indra Collini. Und auch die SPÖ, die in der Landes-regierung ja zugestimmt hatte, bemängelte das Zahlenwerk – was bei den Koalitionären für Unverständnis sorgte. Man lebe in herausfordernden Zeiten, eine Budgetplanung über mehrere Jahre sei noch herausfor-dernder – und: Viele Dinge, et-wa Kriege, habe man nicht vor-hersehen können, erklärte ÖVP-Abgeordneter Anton Erber.

● **Deregulierungsgesetz.** Kontro-versiell verlief auch die Debatte zum sogenannten Deregulie-rungsgesetz, eingebracht von der ÖVP. Im Zuge der „Aufga-benkritik“ des Landes wurden

damit 33 Landesgesetze ent-rümpelt und drei überhaupt ge-strichen. Ein Gesetzbuch sei „kein Geschichtsbuch“, weshalb man es auch immer wieder an-passen müsse, argumentierte ÖVP-Mandatar Bernhard Hein-reichsberger die Maßnahme. Es gehe um „Effizienz, Transpa-renz und Bürgernähe“, meinte er. In dem Paket enthalten ist et-wa die Abschaffung der Gebiets-bauämter. Gelten sollen die Än-derungen ab 1. Jänner 2026.

Tenor der Kritik aus den Oppositionsreihen: Das sei viel zu wenig, das Paket enthalte lediglich „Mini-Schritte“ (so NEOS-Chefin Indra Collini). Schließlich stimmen ÖVP, FPÖ und NEOS zur Gänze für das Pa-



◀ Übte deutliche Kritik an Wiens Gesundheitsstadtrat Kurt Hackl (ÖVP).
Foto: Grabner



◀ Gesundheitsagenden sollen an den Bund gehen: Silvia Moser (Grüne).
Foto: Brand



◀ Plädierte für eine „Gesundheitsregion Ost“: Karin Scheele (SPÖ).
Foto: SPÖ



◀ Verstärkt die NEOS-Fraktion: der Perchtoldsdorfer Christoph Müller.
Foto: NEOS

ket, die SPÖ tat dies nur teilweise, die Grünen lehnten die Punkte zur Gänze ab.

● **„Gesundheitsregion Ost“.** Am intensivsten wurde aber der Vorstoß der SPÖ, eine gemeinsame „Gesundheitsregion Ost“ zu schaffen, debattiert. Ziel müsse eine gemeinsame regionale Gesundheitsplanung der Bundesländer Wien, NÖ und Burgenland sein, so SPÖ-Abgeordnete Karin Scheele, die – mit Blick auf die Debatte rund um Gastpatienten – „für ein Ende der Schuldzuweisungen“ plädierte.

Volkspartei und Freiheitliche verwiesen auf bestehende Vereinbarungen. Im Rahmen des Finanzausgleichs würden

500 Millionen Euro nach Wien überwiesen – eben für die Behandlung von Gastpatientinnen und -patienten, so ÖVP-Mandatar Franz Dinobobl. Unter anderem von „seinem“ Klubobmann Kurt Hackl gab es auch deutliche Kritik an Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ), welcher etwa getrennte Wartelisten für Gastpatienten angekündigt hatte. „Was die Wiener tun, ist gegen die Menschen in Niederösterreich“, so Hackl. Recht bekam er hier von FPÖ-Klubchef Reinhard Teufel.

Während die NEOS den Vorstoß der SPÖ unterstützten, plädierten die Grünen dafür, die Gesundheitsagenden in Bundeskompetenz zu geben.

LANDES-LANDWIRTSCHAFTSKAMMERWAHL

Kein Erfolg für Anfechtung

Begehren des UBV scheiterte aus formalen Gründen. Bauernbund sieht sich bestätigt.

Weil das Wahlsystem „nicht dem modernen Standard“ entspreche und es sich die Mehrheitsfraktionen „richten“ habe können, beschritt der Unabhängige Bauernverband (UBV) nach der Landes-Landwirtschaftskammerwahl im März den Rechtsweg. Ohne Erfolg, wie

seit der Vorwoche klar ist: Der Verfassungsgerichtshof hat die Anfechtung nämlich zurückgewiesen – ausschlaggebend dafür seien formale Gründe gewesen, betont der VfGH – weshalb auch gar keine inhaltliche Prüfung der Wahl stattfand. Im Büro des ÖVP-Bauernbundes sieht

man sich jedenfalls bestätigt: Spitzenkandidat Johannes Schmuckenschlager ortet „ein wichtiges Signal der Stabilität“. Eine Neuwahl hätte „weitreichende negative Folgen gehabt. Gut, dass nun Klarheit herrscht und wir uns weiter auf die Arbeit für unsere bäuerlichen Familienbetriebe konzentrieren können“, so der Kammerpräsident.

Insgesamt waren am 9. März exakt 155.056 Personen

stimmberechtigt gewesen – neben Bäuerinnen und Bauern alle Personen mit land- oder forstwirtschaftlichem Grundbesitz. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,6 Prozent. Neben der Vollversammlung in der Landes-Landwirtschaftskammer wurde auch über die Zusammensetzung der 21 Bezirksbauernkammern entschieden. Der Bauernbund landete landesweit mit 82 Prozent klar auf Platz eins. -pg-